

Medienstiftung: Fürstenhaus steht nicht als Gönner bereit

Erbprinz Alois möchte zur Lösung beitragen. Als Geldgeber könne das Staatsoberhaupt jedoch nicht auftreten.

Gary Kaufmann

Wie weiter in Liechtensteins Medienlandschaft, nachdem sich mit dem «Volksblatt» und Radio L innert kurzer Zeit zwei wichtige Angebote verabschiedet haben? In seiner Studie präsentiert der Thinktank Zukunft.li verschiedene Empfehlungen. Eine davon lautet, dass Private gemeinsam eine Stiftung gründen. Diese könnte entweder eine unabhängige Trägerschaft für das Vaduzer Medienhaus, das diese Zeitung herausgibt, bilden oder eine «zweite Stimme» als Gegengewicht werden. Die Suche nach Geldgebern dürfte dabei eine der grössten Herausforderungen darstellen, zumal das Interesse gering sein dürfte, ohne Einfluss respektive nur aus einem philanthropischen Ansatz heraus langfristig Millionenbeträge zur Verfügung zu stellen.

Wenn nach potenzielle Gönnern gesucht wird, denkt man schnell an die reichste Familie des Landes. Allerdings kommt dies nicht in Frage, wie es aus

Schloss Vaduz heisst. «Das Fürstenhaus kann aufgrund seiner politischen Rolle nicht Träger einer solchen Stiftung sein, im Sinne davon, dass sie diese finanziert», erklärt Erbprinz Alois im Neujahrsinterview mit dem «Vaterland». Allerdings sieht er eine Rolle, in der man einen solchen Prozess anstoßen oder zur Lösungsfindung beitragen könnte, jedoch nicht in einer Form, in der man Einfluss auf die Berichterstattung nimmt. Der Wegfall an relevanten Medien im Land beschäftigt Seine Durchlaucht, weil darunter die demokratische Meinungsbildung der Bevölkerung leidet: «Ich betrachte diese Entwicklung auch mit Sorge.»

Erbprinz «skeptisch» gegenüber öffentlich-rechtlichem Medium

Aus Sicht des Staatsoberhaupt brauche es neue, digitale Medien aus dem Land, die mit Flexibilität auf den Wandel in der Branche reagieren. Dem Wiederaufbau eines öffentlich-rechtlichen Angebotes steht er «skeptisch» gegenüber. «Mit staatlichen Organisationen haben

wir, nicht nur im Medienbereich, nicht immer unbedingt die besten Erfahrungen gemacht», sagt Erbprinz Alois. Vielmehr müsse dafür gesorgt werden, dass die Rahmenbedingungen für die bestehenden sowie potenzielle neue Medienunternehmen stimmen. «Es geht nicht ohne staatliche Medienförderung, aber es braucht auch die private Seite, damit dann gute Angebote neu entstehen.»

Die Gesetzesrevision für Start-ups im Medienbereich wirkt sich bereits auf den begrenzten Markt in Liechtenstein aus. Im Februar 2026 soll mit «Lie24» eine neue kostenlose Online-Newsplattform an den Start gehen. Es ist das erste Medium, das vom Land die Zusage für die neue Anschubfinanzierung in der Höhe von 150 000 Franken erhält. Der Ausblick auf eine solche Unterstützung lockt auch andere Akteure auf die Bühne. Insgesamt sind bisher vier Anträge auf eine Anschubfinanzierung eingegangen, wie Regierungsrat Hubert Büchel im November-Landtag auf eine Kleine

Anfrage des DpL-Abgeordneten Thomas Rehak antwortete.

Staatsoberhaupt beschäftigen vor allem globale Konflikte

Erbprinz Alois setzt sich derzeit nicht nur mit der Medienlandschaft, sondern vor allem mit den geopolitischen Spannungen wie Kriegen und Handelskonflikte auseinander, die zwangsläufig auch Folgen für Liechtenstein haben. Daran wird sich in nächster Zeit wohl kaum etwas ändern, wie er im Neujahrsinterview ausführt. «Wir werden – egal, wie die jüngsten Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine ausgehen – in den nächsten Jahren voraussichtlich durch eine Zeit von mehr Unsicherheit gehen international», meint das Staatsoberhaupt. Trotz der aussenpolitischen Herausforderungen könne Liechtenstein zuversichtlich dem Jahr 2026 entgegenblicken. Voraussetzung dafür sei, dass man weiterhin als verlässlicher Akteur auftrete und die guten Beziehungen zu den wichtigsten Partnern pflege. 2, 3